Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Martin Strunden

Durchwahl
Telefon +49 351 564 30400
Telefax +49 351 564 30409

presse@smi.sachsen.de*

22.03.2022

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Freistaates Sachsen 2021

Kriminalität auf dem tiefsten Stand seit 10 Jahren – Aufklärung steigt.

»Die registrierte Kriminalität in Sachsen geht im Jahr 2021 um fast 10 Prozent auf insgesamt 246.615 Straftaten zurück. Die Aufklärungsquote liegt bei knapp 60 Prozent der Fälle und ist somit die höchste seit 10 Jahren. Das ist eine positive Entwicklung und ein Erfolg, der auch auf die engagierte Arbeit der sächsischen Polizei zurückzuführen ist und Beleg dafür, dass wir unsere Schwerpunkte bei der Kriminalitätsbekämpfung richtig gesetzt haben und unsere Maßnahmen wirken. Sachsen bleibt ein sicheres Bundesland.«, erklärt **Staatsminister Prof. Dr. Roland Wöller** und ergänzt: »Das liegt nicht nur an Corona. Die Kriminalität in Sachsen sinkt insbesondere seit 2018. Aber auch wenn Sachsen sicherer geworden ist, machen mir insbesondere die steigenden Straftaten im digitalen Raum Sorge – in einer vermeintlichen Anonymität, die Täter zu schützen scheint. Es gibt in unserem Freistaat aber keine rechtsfreien Räume, auch nicht im digitalen Raum.«

Sonja Penzel, Präsidentin des Landeskriminalamtes, ergänzt: »Bezogen auf die Kriminalitätsstruktur stellten wir zum Teil erhebliche Verschiebungen innerhalb einzelner Deliktsbereiche und in den digitalen Raum fest. Während Diebstahl insgesamt, insbesondere Wohnungseinbruchsdiebstähle,

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smi.sachsen.de

Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3,6,7,8,9, 11 und 13. Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Diebstähle von Kraftwagen, aber auch Fahrrad- und Ladendiebstähle abnahmen, stiegen die Fallzahlen etwa bei dem Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse, Bedrohungen, sowie Rauschgiftdelikten an. Es ist davon auszugehen, dass die festgestellten Verschiebungen vor allem im Kontext mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie entstanden sind.

Zudem haben sich die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit dem Tatmittel Internet sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erhöht. Hier gab es 2021 eine erhebliche Zunahme von Fällen im Bereich der Kinderpornografie.«

Innenminister Wöller fügt weiter an: »Auch in diesem Jahr stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen. Die Pandemie ist noch nicht besiegt und die Auswirkungen des Ukraine Krieges sind noch nicht absehbar. Vor allem vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sind die steigenden Fallzahlen im Bereich Widerstand gegen bzw. Angriffe auf die Staatsgewalt besorgniserregend. Es ist nicht hinnehmbar, dass Polizistinnen und Polizisten bei der Ausübung ihrer Arbeit attackiert werden. Dagegen werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen.«

Wohnungseinbrüche um fast ein Drittel zurückgegangen

Die Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle in Sachsen ist im letzten Jahr um 30 Prozent zurückgegangen und befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit zehn Jahren. Im vergangenen Jahr sind in Sachsen 1.977 Wohnungseinbruchdiebstähle registriert worden; 2020 waren es noch 2.831. Der Anteil der versuchten, aber erfolglosen Wohnungseinbrüche lag wie bereits im Vorjahr bei rund 43 Prozent. Diese Quote ist auch ein deutliches Zeichen dafür, dass die präventiven Maßnahmen – einschließlich der Förderprogramme von Bund und Freistaat – für mehr Einbruchschutz zunehmend greifen. Die Aufklärungsquote ist 2021 erneut gestiegen - auf 30,9 Prozent und damit um knapp fünf Prozentpunkte.

Kfz-Diebstähle nahmen weiter ab

Allein im vergangenen Jahr gab es einen Rückgang um rund fünf Prozent auf 1.443 Fälle. Das sind 74 Kraftwagen-Diebstähle weniger als im Jahr 2020.

Mindestens jeder dritte Diebstahl (38 Prozent der Fälle) wurde durch die Polizei aufgeklärt. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt das Ergebnis der erfolgreichen Arbeit der sächsischen Polizei seit vielen Jahren und ein kontinuierlicher Trend. So haben sich die Fallzahlen seit 2016 halbiert. Neben der SoKo-Kfz haben auch die Gemeinsamen Fahndungsgruppen mit der Bundespolizei, die Fahndungs- und Kompetenzzentren sowie die Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Polen und Tschechien positiv zu dieser Entwicklung beigetragen.

Anstieg bei Cybercrime

Die Zunahme der Straftaten mit dem Tatmittel Internet und/oder IT-Geräte um 22,2 Prozent (2021: 13.156 Fälle, 2020: 10.770 Fälle) ist insbesondere auf den Onlinehandel zurückzuführen, der durch die Corona-Pandemie enorm zugenommen hat. Bei fast der Hälfte aller Fälle handelte es sich um Straftaten des Waren-/Warenkreditbetruges.

Im März 2021 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder beschlossen. Durch eine deutliche Verschärfung des Strafrechts, effektivere Strafverfolgungsmöglichkeiten sowie Stärkungen der Prävention und der Qualifikation in der Justiz werden Kinder so besser vor Missbrauchstaten geschützt. Die Fallzahlen in diesem Deliktsbereich sind in 2021 erheblich angestiegen. Wurden 2020 insgesamt 792 Fälle der Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung von kinderpornografischen Schriften registriert, waren es im Jahr 2021 bereits 1.803 Straftaten. Diese Entwicklung ist sehr besorgniserregend.

Gewaltkriminalität geht zurück

Die Anzahl der Gewaltdelikte ging im Jahr 2021 um ca. acht Prozent auf 6.939 Fälle zurück (2020: 7.569 Fälle). Die Aufklärungsquote lag wie im Vorjahreszeitraum bei rund 81 Prozent. Besonders bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungsdelikten gingen hier die Fallzahlen (5.297) gegenüber dem Vorjahr (2020: 5.755) deutlich zurück. Das dürfte auch auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie zurückzuführen sein, weil es keine Volksfeste und anderen Events mit vielen, teil alkoholisierten, Besucherinnen und Besuchern gab.

Häusliche Gewalt leicht rückläufig

Die Anzahl der Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, also sexuelle, physische und/oder psychische Gewalt in der häuslichen Gemeinschaft, sind im Jahr 2021 auf 9.020 Fälle gesunken. Im Jahr zuvor waren es 9.235 Fälle. Dabei bildeten Fälle im Bereich der Körperverletzungen (5.532) und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (2.138) den Schwerpunkt. In den meisten Fällen häuslicher Gewalt waren ehemalige Partner (2.766), Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften (1.753) und Ehepartner (1.453) die Täter.

Anzahl der Rauschgiftdelikte angestiegen

Die Anzahl der Rauschgiftdelikte stieg 2021 um knapp zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2021 wurden 14.400 Delikte registriert (2020: 14.149). Während die Zahlen bei Crystal, welche zuvor seit 2014 stetig rückgängig waren, in 2020 und 2021 wieder anstiegen (in 2021 um vier Prozent), blieb in 2021 die Anzahl der Delikte im Zusammenhang mit Cannabisprodukten wie Marihuana oder Haschisch nahezu konstant. Die Zunahme der Fallzahlen resultiert aus verstärkten Kontrollen der Polizei Sachsen auch im Zusammenhang mit den Corona-Schutzmaßnahmen sowie aus mehr Feststellungen der Zollbehörden am Leipziger Flughafen.

Grenzkriminalität mit leichtem Rückgang

In den Gemeinden entlang der sächsischen Außengrenze zu Tschechien und Polen wurden im vergangenen Jahr 15.356 Straftaten (ohne ausländerrechtliche Verstöße) registriert. Ein Jahr zuvor waren es16.632 Fälle. Besonders häufig wurden an der Grenze Diebstähle (33 Prozent), Sachbeschädigungen (zwölf Prozent), Betrugsdelikte (neun Prozent) und Körperverletzungen (neun Prozent) begangen. Entlang der 582 Kilometer Außengrenze gibt es 46 sächsische Gemeinden mit Grenzbezug, davon liegen 39 an der tschechischen Grenze. Hier ging die Kriminalität um drei Prozent zurück. Sieben Gemeinden liegen an der polnischen Außengrenze. In diesen sank die Kriminalität in 2021 um mehr als elf Prozent, was unter anderem auf den Einsatz von Videosicherheitstechnik, die Einrichtung der Sonderkommission »Argus« in der Polizeidirektion Görlitz sowie erhöhte Kontrollaktivitäten und die gute Zusammenarbeit mit den tschechischen und polnischen Behörden zurückzuführen ist.

Zahl der Straftaten durch Zuwanderer* erneut zurückgegangen

Zuwanderer verübten im vergangenen Jahr sieben Prozent weniger Straftaten.

Es wurden insgesamt 14.594 Fälle (ohne ausländerrechtliche Delikte) erfasst (2020: 15.631 Fälle). Hierbei bildeten Ladendiebstähle (2.177), Körperverletzungen (2.360) und Beförderungserschleichungen (1.733) den Schwerpunkt. Der Gesamtanteil der Zuwanderer an allen erfassten Tatverdächtigen lag 2021, wie im Jahr 2020, weiter unter zehn Prozent. Rund 43 Prozent aller durch Zuwanderer begangenen Straftaten wurden durch mehrfach/intensiv tatverdächtige Zuwanderer (MITA) verübt. Im vergangenen Jahr haben 1.212 MITA insgesamt 6.230 Straftaten begangen. Besonders häufig wurden Staatsangehörige aus Syrien, Afghanistan, Georgien, Libyen und Tunesien als MITA ermittelt. Hervorzuheben ist, dass sich aufgrund der täterorientierten Bearbeitung im vergangenen Jahr 256 MITA in Haft befanden und 199 zur Verhaftung ausgeschrieben waren. Trotz der zeitweisen Aussetzung der Abschiebungen konnten im vergangenen Jahr 58 MITA abgeschoben werden.

Tatverdächtige insgesamt

Die sächsische Polizei ermittelte im vergangenen Jahr 83.327 Tatverdächtige (ohne ausländerrechtliche Verstöße), das waren ca. sieben Prozent weniger als im Vorjahr. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger (17.502) lag, wie im Jahr zuvor, bei rund 21 Prozent. 7.071 der nichtdeutschen Tatverdächtigen waren Zuwanderer.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) auf neuem Höchststand

Die politisch motivierten Straftaten haben 2021 einen neuen Höchststand mit 4.796 Fällen erreicht und sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 18 Prozent gestiegen.

Ursächlich dafür sind insbesondere Straftaten im thematischen Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der Bundestagswahl, die überwiegend keinen klaren Phänomenbezug aufweisen. Allein 1.366 Fälle der politisch motivierten Kriminalität standen im Zusammenhang mit der CoronaPandemie. Anlässlich der Bundestagswahl wurden 713 Fälle registriert.

Von den politisch motivierten Straftaten entfielen 1.878 Straftaten auf den Phänomenbereich -rechts- und machen somit weiterhin einen Großteil der

Gesamtfälle aus. 1.113 Straftaten waren dem Phänomenbereich -linkszuzuordnen.

Im Phänomenbereich -nicht zuzuordnen- wurde ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen registriert. Mit 1.752 Fälle haben sich die Zahlen mehr als verdoppelt. Besorgniserregend ist in diesem Bereich die hohe Anzahl von 1.251 Fällen an Konfrontationsdelikten gegen den Staat und seine Einrichtungen. Derartige Delikte haben sich gegenüber dem Vorjahr verdreifacht. Die Hauptgründe für diesen Anstieg sind Straftaten im Zusammenhang mit der Coronapandemie (1.139 Fälle) und anlässlich der Bundestagswahl (221 Fälle).

Die Aufklärungsquote der politisch motivierten Straftaten lag bei mehr als 36

Prozent. (2020: 42,2 Prozent).

Politisch motivierte Gewaltdelikte sind im vergangenen Jahr um zwei Prozent angestiegen (2021: 374 Fälle, 2020: 366 Fälle). Insgesamt konnten in diesem Bereich etwa zwei Drittel aller Taten aufgeklärt werden.

Kampf gegen Hasskriminalität

Die Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte zeigt sich auch bei der Entwicklung

der Hasskriminalität. Die Fallzahlen sind mit insgesamt 664 Fällen gegenüber

dem Vorjahr noch einmal angestiegen (2020: 578 Fälle). Der überwiegende Teil ist der PMK -rechts- zuzuordnen. Ein deutlicher Anstieg war 2021 mit 213 Fällen bei politisch motivierten Hasspostings im Internet zu verzeichnen (2020: 176 Fälle).

Innenminister Wöller: »Die steigende Anzahl ist insbesondere auf unsere Anstrengungen bei der Bekämpfung von Hass im Netz zurückzuführen. Wir haben das Thema ‚Hass im Netz' als Schwerpunkt erkannt und gehen mit gezielten Maßnahmen gemeinsam mit der Justiz dagegen vor. Die Zentrale Meldestelle für Hasskriminalität haben wir in die neu eingerichtete Zentralstelle

zur Bekämpfung von politisch motivierten Straftaten im Internet beim Landeskriminalamt integriert, um demokratie- bzw. sicherheitsgefährdende Aktivitäten und Strukturen frühzeitig aufzuhellen und Gefahren effektiv abzuwehren.«

Kriminalität gegen Amts- und Mandatsträger zeitweise hoch

Die Fallzahlen politisch motivierter Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger

sind im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich gestiegen

(2021: 285 Fälle, 2020: 168 Fälle). Die Ursachen dafür werden insbesondere

in den Protesten gegen Corona-Schutzmaßnahmen gesehen.

- Zuwanderer sind Asylbewerber, geduldete Ausländer, Kontingentsflüchtlinge, unerlaubt aufhältige Personen, international/national Schutzberechtigte und Asylberechtigte.

Medien:
Dokument: PKS 2021 Präsentation